

Stand: 05.04.2026 23:28:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/17477

"Unverzüglich Rechtssicherheit bei Mietpreisbremse schaffen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/17477 vom 27.06.2017
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/18193 des VF vom 13.07.2017
3. Beschluss des Plenums 17/18640 vom 17.10.2017
4. Plenarprotokoll Nr. 113 vom 17.10.2017



Antrag

der Abgeordneten **Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Ruth Waldmann, Margit Wild, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Angelika Weikert, Isabell Zacharias, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter SPD**

Unverzüglich Rechtssicherheit bei Mietpreisbremse schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die bayerische Landesverordnung zur Mietpreisbremse (Mieterschutzverordnung) schnellstmöglich rechtssicher zu gestalten. Dabei ist insbesondere auf eine ausreichende Begründung zu achten, warum einzelne Städte und Gemeinden unter die Mietpreisbremse fallen.

Begründung:

Das Amtsgericht München hat in seinem Urteil vom 21.06.2017 die Mietpreisbremse für ungültig erklärt. Dem Urteil zufolge ist die Mieterschutzverordnung des Freistaates Bayern für München nicht anwendbar. Den Richtern ist es nicht möglich, die Mieterschutzverordnung anzuwenden, da nicht ausreichend begründet ist, warum einzelne Gemeinden als angespannte Mietmärkte gelten und damit unter die Mietpreisbremse fallen. Die Kritik des Gerichts richtet sich dabei explizit an die Staatsregierung von Bayern.

Die SPD-Landtagsfraktion hat bereits im Zuge der Einführung der Mietpreisbremse in Bayern immer wieder auf diese offensichtlichen Schwächen hingewiesen. Sämtliche Versuche, das Gesetz auf eine solide Grundlage zu stellen, wurden jedoch von der Staatsregierung blockiert. Nun muss der Freistaat Bayern endlich Kriterien einführen, die es allgemein nachvollziehbar machen, für welche Städte und Gemeinden die Mietpreisbremse zur Anwendung kommt. Die Auswahl der Städte darf nicht wie bisher willkürlich gesetzt werden, sondern soll anhand objektiver Kriterien erfolgen.

Eine Überarbeitung der Mieterschutzverordnung ist dabei schnellstmöglich umzusetzen, um den Mieterinnen und Mietern Bayerns Rechtssicherheit zu gewähren. Geschieht dies nicht umgehend, droht die Mietpreisbremse, aufgrund eklatanter handwerklicher Fehler des Gesetzgebers vollständig zu kippen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

**Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Horst Arnold,
Florian von Brunn u.a. SPD**
Drs. 17/17477

Unverzüglich Rechtssicherheit bei Mietpreisbremse schaffen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Florian Ritter**
Mitberichterstatter: **Andreas Lorenz**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 13. Juli 2017 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Franz Schindler
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Andreas Lotte, Horst Arnold, Florian von Brunn, Günther Knoblauch, Dr. Herbert Kränzlein, Ruth Müller, Kathi Petersen, Doris Rauscher, Helga Schmitt-Bussinger, Stefan Schuster, Ruth Waldmann, Margit Wild, Ilona Deckwerth, Hans-Ulrich Pfaffmann, Georg Rosenthal, Diana Stachowitz, Arif Taşdelen, Angelika Weikert, Isabell Zacharias, Franz Schindler, Alexandra Hiersemann, Florian Ritter SPD**

Drs. 17/17477, 17/18193

Unverzüglich Rechtssicherheit bei Mietpreisbremse schaffen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote

Vierte Vizepräsidentin Ulrike Gote: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratende Europaangelegenheit und die Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheit

1. Beteiligung am Konsultationsverfahren der Europäischen Union
 Landwirtschaft und ländliche Entwicklung:
 Modernisierung und Vereinfachung der gemeinsamen Agrarpolitik
 02.02.2017 – 02.05.2017
 Drs. 17/16309, 17/18477 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Klaus Adelt, Dr. Paul Wengert,
 Prof. Dr. Peter Paul Gantzer u.a. SPD
 Förderoffensive Nordostbayern: Eine Zwischenbilanz
 Drs. 17/16972, 17/18384 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Ruth Müller, Kathi Petersen u.a. SPD
Schulen mit Inklusionsprofil stärken – Anmietung von Räumlichkeiten
in besonderen Fällen staatlich fördern
Drs. 17/17147, 17/18439 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Andreas Lotte, Horst Arnold,
Florian von Brunn u.a. SPD
Unverzüglich Rechtssicherheit bei Mietpreisbremse schaffen!
Drs. 17/17477, 17/18193 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht und Parlamentsfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Harry Scheuenstuhl, Dr. Paul Wengert,
Klaus Adelt u.a. SPD
Getrenntsammlung von Bioabfällen bayernweit sicherstellen!
Drs. 17/17557, 17/18371 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>